

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 04. September 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-09-0003

Beleuchtung für öffentliche Gebäude - energiesparende und umweltfreundliche Alternativen zu Leuchtstoffröhren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 14.05.2013 -

Von der neu eingeführten Umweltzone abgesehen hat sich die Stadtverordnetenversammlung bisher im Rahmen der selbst gesteckten „Klimaschutzziele 20/20/20“ bisher vor allem verstärkt auf die Energieerzeugung konzentriert.

In einem ganzheitlichen Konzept ist aber auch die Reduzierung des Stromverbrauchs ein wesentlicher Baustein, um Wiesbadens Ökobilanz zu verbessern.

Alternative Beleuchtungsmittel, wie z. B. LED-Röhren sind zurzeit laut mehreren Studien die effektivste Alternative zu den herkömmlichen Leuchtstoffröhren, um Energie einzusparen. Mit identischer Leuchtwirkung sparen sie enorme Energiekosten und schonen Ressourcen bei der Herstellung, Nutzung, Lebensdauer und Entsorgung gegenüber konventionellen Leuchtstoffröhren.

Zusätzlich besteht für den Einbau der LED-Lampen unter anderem die Möglichkeit der Förderung durch das Bundesumweltministerium nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, welche Planungen und Umrüstungen bereits für eine umweltgerechtere Beleuchtung in den öffentlichen Gebäuden der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt wurden oder geplant sind.
2. Zu prüfen, für welche öffentlichen Gebäude der Stadt Wiesbaden eine Umrüstung auf LED-Beleuchtung in Frage kommt und auf Grundlage der Ergebnisse die Faktoren der Kosten, Amortisationszeit, Einsparungen der ersten 10 Jahre, sowie die Auswirkungen auf die Klimaziele 20/20/20 zu prüfen und bei positiven Prüfungsergebnissen in den Geschäftsgang zu bringen.
3. Zu prüfen, welche Erfahrungen mit LED-Leuchtmitteln in anderen Städten und Stadtverwaltungen wie z.B. Düsseldorf und Villingen Schwenningen hinsichtlich Akzeptanz, Energieeffizienz, Unterhaltungsaufwand und erwarteter Amortisationszeiten gemacht wurden.
4. Zu prüfen, welche Fördermittel für eine entsprechende Umrüstung von Land und/oder Bund in Anspruch genommen werden können.

5. Zu prüfen, welche Einflussmöglichkeiten, wie z. B. das Projekt „Ökoprofit“ auf die Gebäude der Landesverwaltung möglich sind um Wiesbaden hier als Gesamtstadt eine ökologische Vorreiterrolle zukommen zu lassen.
-

Beschluss Nr. 0244

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Erfahrungsbericht zur Energieeinsparung durch alternative Beleuchtungsmittel vorzulegen (Stadtverwaltung und Beteiligungen, insbesondere ESWE Versorgung).

Wenn dieser Bericht vorliegt und die antragstellende Fraktion dies wünscht, erfolgt eine erneute Beratung des Antrags im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2013

Horschler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2013

Dezernat IV
in Verbindung mit
Dezernat II und
Dezernat I/ESWE Versorgung
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister